# No. 44227

# Latvia
# and
# Switzerland

**Agreement between the Republic of Latvia and the Swiss Confederation on police cooperation in combating crime. Riga, 23 May 2005**

**Entry into force:** *26 July 2006 by notification, in accordance with article 18*

**Authentic texts:** *German and Latvian*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Latvia, 15 August 2007*

# Lettonie
# et
# Suisse

**Accord entre la République de Lettonie et la Confédération suisse relatif à la coopération policière dans la lutte contre la criminalité. Riga, 23 mai 2005**

**Entrée en vigueur :** *26 juillet 2006 par notification, conformément à l'article 18*

**Textes authentiques :** *allemand et letton*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Lettonie, 15 août 2007*

[ GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND ]

# ABKOMMEN

# zwischen

# der Republik Lettland

# und

# der Schweizerischen Eidgenossenschaft

# über die polizeiliche Zusammenarbeit

# bei der Bekämpfung der Kriminalität

*Die Republik Lettland*

*und*

*die Schweizerische Eidgenossenschaft,*

nachfolgend die Vertragsparteien genannt,

- in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu leisten,
- in der Überzeugung, dass die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung und effektiven Verhinderung der Kriminalität, insbesondere der organisierten Kriminalität, des illegalen Handels mit Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen und Vorläuferchemikalien sowie des Terrorismus, von wesentlicher Bedeutung ist,
- im Bestreben, die bestehende polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den lettischen und schweizerischen Behörden zu konkretisieren und zu ergänzen,
- in der Achtung der Rechte und Pflichten der Angehörigen beider Vertragsparteien sowie
- in Beachtung der internationalen Verpflichtungen und der nationalen Rechtsvorschriften,

sind wie folgt übereingekommen:

**Titel I**
**Zweck des Abkommens**

*Art. 1*

Dieses Abkommen dient der Verstärkung der bilateralen Polizeizusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien bei der Verhinderung, Entdeckung und Aufklärung von strafbaren Handlungen, insbesondere durch den Austausch von strategischen und operativen Informationen sowie durch regelmässige Kontakte zwischen den Vertragsparteien auf allen Ebenen.

**Titel II**
**Anwendungsbereich**

*Art. 2* *Vom Abkommen erfasste Kriminalitätsbereiche*

Die Zusammenarbeit nach Massgabe dieses Abkommens bezieht sich auf alle Kriminalitätsbereiche, vorwiegend jedoch auf:
a. organisierte Kriminalität;
b. Terrorismus und andere damit zusammenhängende Straftaten;
c. Menschenhandel und Menschenschmuggel;
d. sexuelle Straftaten gegen Kinder;

e. illegaler Handel mit Betäubungsmitteln, psychotropen Stoffen und Vorläuferchemikalien;
f. illegale Beschaffung, illegalen Besitz und Handel mit Waffen, Munition und Sprengstoffen, chemischen, biologischen, radioaktiven und nuklearen Materialien, Gütern und Technologien von strategischer Wichtigkeit oder mit militärischer Technologie;
g. Straftaten gegen Objekte von kulturhistorischer Bedeutung;
h. Fälschung oder Verfälschung von Geld, Zahlungsmitteln und Dokumenten;
i. Wirtschaftskriminalität;
j. Geldwäscherei;
k. Straftaten im Zusammenhang mit Motorfahrzeugen;
l. Korruption;
m. Computerkriminalität.

*Art. 3* *Ausschluss der Zusammenarbeit*

1. Ist eine Vertragspartei der Auffassung, dass die Erfüllung eines Hilfeersuchens oder eine sonstige Massnahme auf Grund dieses Abkommens ihre Souveränität beeinträchtigen, ihre Sicherheit oder andere wesentliche Interessen gefährden oder ihre Rechtsvorschriften sowie ihre Verpflichtungen aus internationalen Übereinkünften verletzen könnte, so kann die betreffende Vertragspartei die Hilfe oder die Durchführung der Massnahme im konkreten Fall ganz oder teilweise verweigern oder an die Erfüllung bestimmter Bedingungen knüpfen, an welche die andere Vertragspartei gebunden ist.
2. Wird ein Ersuchen ganz oder teilweise abgelehnt, so informiert die ersuchte Vertragspartei die ersuchende Vertragspartei unverzüglich schriftlich und unter kurzer Angabe der Gründe.

*Art. 4* *Anwendbares Recht*

Die Zusammenarbeit nach diesem Abkommen erfolgt auf der Grundlage des innerstaatlichen Rechts der Vertragsparteien sowie nach Massgabe der Vorschriften des internationalen Rechts.

**Titel III**
**Formen der Zusammenarbeit**

*Art. 5* *Informationsaustausch*

Die Vertragsparteien unterstützen einander durch den Austausch personenbezogener und nicht personenbezogener Daten und Materialien, insbesondere durch:
a. die Übermittlung von Informationen über strafbare Handlungen, Täter und weitere mit einer Straftat im Zusammenhang stehende Personen sowie über die Tatbegehungsweise und die getroffenen Massnahmen;

b. den Austausch von Beweismitteln oder Informationen über Gegenstände, die einen Zusammenhang mit einer Straftat aufweisen;
c. die Übermittlung von Erfahrungen und Erkenntnissen über neue Formen der Kriminalität;
d. den regelmässigen Austausch allgemeiner Lageanalysen;
e. die Unterrichtung über vorgesehene Aktionen und Spezialeinsätze, die für die andere Vertragspartei von Interesse sind;
f. die gegenseitige Unterrichtung über die für die Zusammenarbeit relevanten Vorschriften des innerstaatlichen Rechts.

*Art. 6* *Gemeinsame Arbeitsgruppen*

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können bei Bedarf operative Arbeitsgruppen bilden, in denen Beamte der einen Vertragspartei bei Einsätzen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse beratend und unterstützend tätig werden.

*Art. 7* *Koordination der Zusammenarbeit*

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien stellen, soweit erforderlich, ein koordiniertes Vorgehen bei der Planung oder Umsetzung besonderer Ermittlungstechniken und operativer Einsätze wie kontrollierte Lieferung, Observation und verdeckte Ermittlung auf ihren jeweiligen Hoheitsgebieten sicher.
2. Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten koordinieren die Behörden Massnahmen zur Gewährleistung des Zeugen- und Opferschutzes sowie des Schutzes anderer Personen, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für Leib, Leben, Gesundheit, Freiheit, Willensbildung und -betätigung abzuwehren.
3. Die zuständigen Behörden koordinieren die Planung und Durchführung gemeinsamer Programme der Verbrechensprävention.
4. Die zuständigen Behörden legen im Einzelfall gemeinsam fest, ob die Umsetzung dieses Artikels eine besondere Kostenaufteilung rechtfertigt.

*Art. 8* *Aus- und Weiterbildung*

1. Die Vertragsparteien unterstützen einander bei Massnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung, insbesondere durch:
a. die Durchführung gemeinsamer Seminare, Übungen und Trainingskurse;
b. die Schulung von Spezialistinnen und Spezialisten;
c. den Austausch von Fachleuten und Schulungskonzepten;
d. die Teilnahme von Beobachtern an Übungen.
2. Die Vertragsparteien organisieren die Aus- und Weiterbildung soweit möglich in der Sprache der anderen Vertragspartei oder in englischer Sprache.

*Art. 9* *Verfahren und Kosten*

1. Ersuchen um Information, um Koordination von Massnahmen oder andere Ersuchen um Hilfeleistung sind in schriftlicher Form zu stellen und zu begründen. In dringenden Fällen kann ein Ersuchen auch mündlich mit anschliessender unverzüglicher schriftlicher Bestätigung gestellt werden.
2. Die Hilfeleistung erfolgt direkt zwischen den zuständigen Behörden, sofern ein Ersuchen oder dessen Erledigung nach dem nationalen Recht nicht den Justizbehörden vorbehalten ist. Ist die ersuchte Polizeibehörde für die Erledigung nicht zuständig, so leitet sie das Ersuchen an die zuständige Behörde weiter.
3. Die zuständigen Behörden können einander auf eigene Initiative im Einzelfall Informationen zukommen lassen, die für den Empfänger zur Unterstützung bei der Abwehr von konkreten Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder zur Bekämpfung von Straftaten notwendig erscheinen.
4. Die zuständigen Behörden der ersuchten Vertragspartei beantworten ein Ersuchen nach Absatz 1 so rasch wie möglich. Die ersuchte Behörde kann soweit erforderlich weitere Informationen anfordern.
5. Die Kosten für die Bearbeitung und Erledigung eines Ersuchens werden von der ersuchten Vertragspartei getragen, sofern nach Artikel 7 Absatz 4 nichts anderes vereinbart wird.

**Titel IV**
**Polizeiattachés**

**Art. 10**

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können in gegenseitigem Einvernehmen befristet oder unbefristet Polizeiattachés auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei stationieren, wo sie den Status von diplomatischen Vertretern im Sinne des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen haben.
2. Die Entsendung von Polizeiattachés hat zum Ziel, die Zusammenarbeit zu fördern und zu beschleunigen, insbesondere durch die Unterstützung bei polizeilicher und justizieller Rechtshilfe in Strafsachen.
3. Die Polizeiattachés sind ohne Wahrnehmung hoheitlicher Befugnisse beratend und unterstützend tätig. Sie sind nicht zur selbständigen Durchführung von polizeilichen Massnahmen berechtigt. Sie erteilen Informationen und erledigen ihre Aufträge im Rahmen der von der entsendenden Vertragspartei erteilten Weisungen.

## Titel V
## Datenschutz, Klassifizierung und Weitergabe von Daten an Drittstaaten

*Art. 11* *Datenschutz*

Der Schutz der auf Grund dieses Abkommens übermittelten personenbezogenen Daten richtet sich unter Beachtung der für die Vertragsparteien jeweils geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften und unter Berücksichtigung der internationalen Verpflichtungen nach den folgenden Bestimmungen:

a. Sensitive Daten über Einzelpersonen und Persönlichkeitsprofile im Sinne von Artikel 6 des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (Strassburg, 28. Januar 1981) können nur übermittelt werden, wenn es unbedingt erforderlich ist, und nur gemeinsam mit anderen Daten.

b. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Vertragspartei ist nur zu den in diesem Abkommen aufgeführten Zwecken und nur unter den von der übermittelnden Vertragspartei vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die empfangende Vertragspartei darf die Daten nur mit vorgängiger schriftlicher Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei für andere Zwecke verwenden.

c. Die empfangende Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die damit erzielten Ergebnisse.

d. Daten dürfen ausschliesslich von Justiz- oder Polizeibehörden oder einer anderen von den Vertragsparteien bezeichneten Behörde zur Bekämpfung der Kriminalität verwendet werden. Die Vertragsparteien übermitteln einander entsprechende Listen. Für die Weitergabe an andere Stellen ist die vorgängige schriftliche Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei erforderlich.

e. Die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit unter Berücksichtigung des verfolgten Zweckes zu achten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, die Daten sofort zu berichtigen oder zu vernichten.

f. Die von der Datenübermittlung betroffene Person hat das Recht, Auskunft über die sie betreffenden Daten und deren Verwendungszweck zu verlangen. Für die Auskunftserteilung gilt das innerstaatliche Recht der Vertragspartei, bei der der Antrag gestellt wird. Einem Begehren wird nur nach schriftlicher Einwilligung der anderen Vertragspartei entsprochen.

g. Die übermittelnde Vertragspartei kann, soweit erforderlich, bei der Übermittlung auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht geltenden Löschungsfristen hinweisen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr benötigt werden. Die empfangende Vertragspartei informiert die übermittelnde Vertragspartei über die Löschung

von Daten und deren Gründe. Im Falle einer Beendigung dieses Abkommens sind alle auf Grund dieses Abkommens übermittelten Daten zu löschen.
h. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung, den Empfang und die Löschung von Daten aktenkundig festzuhalten.
i. Im Rahmen ihrer Haftung nach Massgabe des innerstaatlichen Rechts kann sich eine Vertragspartei im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die andere Vertragspartei unrichtige Daten oder Daten rechtswidrig übermittelt hat. Leistet die Vertragspartei Schadenersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung unrichtiger oder rechtswidrig übermittelter Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Vertragspartei der empfangenden Vertragspartei den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
j. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang sowie gegen unbefugte Veränderung und Bekanntgabe zu schützen.

*Art. 12 Schutz klassifizierter Informationen und Weitergabe an Drittstaaten*

1. Die übermittelnde Vertragspartei legt bei der Weitergabe von Informationen, die nach Massgabe ihrer Rechtsvorschriften klassifiziert sind, Bedingungen für den Umgang mit diesen fest. Die andere Vertragspartei gewährleistet den verlangten Schutz.
2. Klassifizierte Informationen dürfen nur mit vorgängiger schriftlicher Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei an Drittstaaten weitergegeben werden.

**Titel VI**
**Schlussbestimmungen**

*Art. 13 Zuständige Behörden*

1. Zuständig für den Vollzug dieses Abkommens sind in der Republik Lettland das Innenministerium und in der Schweizerischen Eidgenossenschaft das Bundesamt für Polizei des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Diese Behörden sind entsprechend ihren Zuständigkeiten befugt, direkt und operativ zusammenzuarbeiten.
2. Die zuständigen Behörden übermitteln einander 30 Tage nach Inkrafttreten dieses Abkommens die relevanten Adressen, Telefon- und Faxnummern sowie andere Verbindungen und benennen soweit möglich Kontaktpersonen mit Kenntnissen der Sprache der anderen Vertragspartei.
3. Die zuständigen Behörden zeigen einander Änderungen der Zuständigkeiten oder Bezeichnungen der Behörden nach den Absätzen 1 und 2 an.

*Art. 14* *Sprache*

Beim Vollzug dieses Abkommens wird die englische Sprache verwendet, wenn nichts anderes vereinbart wird.

*Art. 15* *Zusammenkunft von Expertinnen und Experten*

Eine gemeinsame Expertengruppe aus hochrangigen Vertretern der Vertragsparteien tritt regelmässig zusammen und überprüft die Umsetzung dieses Abkommens, die Qualität der Zusammenarbeit, erörtert neue Strategien und stellt fest, ob Ergänzungs- oder Weiterentwicklungsbedarf besteht.

*Art. 16* *Zusatzvereinbarungen*

Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können auf der Grundlage und im Rahmen dieses Abkommens weitere Absprachen treffen, welche die Durchführung und die Förderung der Zusammenarbeit zum Ziel haben.

*Art. 17* *Verhältnis zu anderen internationalen Übereinkommen*

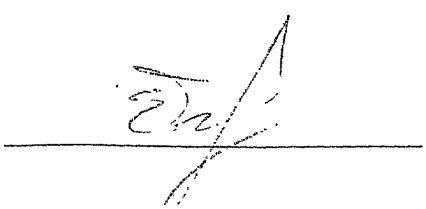
Durch dieses Abkommen werden die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen bilateralen und multilateralen Übereinkommen, deren Partei sie sind, nicht berührt.

*Art. 18* *Inkrafttreten und Kündigung*

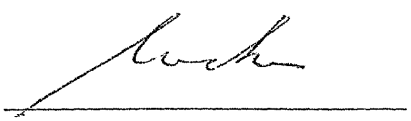
1. Dieses Abkommen tritt am Tag des Erhalts der letzten Notifikation in Kraft, in der sich die Parteien mitteilen, dass rechtlich die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.
2. Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei jederzeit durch schriftliche Mitteilung auf diplomatischem Weg gekündigt werden. Es tritt sechs Monate nach Empfang einer solchen Mitteilung ausser Kraft.

So geschehen in Riga, am Mai 23, 2005 in zwei Urschriften in lettischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut in gleicher Weise verbindlich ist.

Für die
Republik Lettland:



Für die
Schweizerische Eidgenossenschaft:



[ LATVIAN TEXT – TEXTE LETTON ]

# LATVIJAS REPUBLIKAS

# UN

# ŠVEICES KONFEDERĀCIJAS

# LĪGUMS PAR POLICIJAS SADARBĪBU CĪŅĀ PRET NOZIEDZĪBU

Latvijas Republika un Šveices Konfederācija (turpmāk tekstā – Līgumslēdzējas Puses),

Nolūkā veicināt savstarpējo attiecību attīstību,

Pārliecībā par nepieciešamību sadarboties policijas līmenī noziedzības, jo īpaši, organizētās noziedzības, narkotisko, psihotropo vielu un prekursoru nelegālas aprites un terorisma apkarošanā un efektīvā novēršanā,

Cenšoties noteikt un paaugstināt pastāvošo Latvijas un Šveices policijas iestāžu sadarbības līmeni,

Ievērojot Līgumslēdzēju Pušu valstu iedzīvotāju tiesības un pienākumus un

Ievērojot starptautiskās saistības un nacionālos normatīvos aktus,

Ir vienojušās par sekojošo:

**I daļa**
**Līguma mērķis**

**1.pants**

Šī Līguma mērķis ir stiprināt divpusējo policijas sadarbību starp Līgumslēdzējām Pusēm, lai novērstu, atklātu un izmeklētu noziedzīgas darbības, īpaši apmainoties ar stratēģisko un operatīvo informāciju, kā arī uzturot regulārus kontaktus starp Līgumslēdzējām Pusēm visos līmeņos.

**II daļa**
**Piemērošana**

**2.pants** Noziedzīgās jomas, uz kurām attiecas Līgums

Šajā Līgumā minētā sadarbība attiecas uz visām noziedzīgo nodarījumu formām, īpaši uz:

a) organizēto noziedzību;
b) terorismu un citiem ar to saistītiem noziedzīgiem nodarījumiem;
c) cilvēku tirdzniecību un cilvēku kontrabandu;
d) seksuāliem noziegumiem pret bērniem;
e) narkotisko, psihotropo vielu un prekursoru nelegālu apriti;
f) ieroču, munīcijas, sprāgstvielu, ķīmisko, bioloģisko, radioaktīvo un kodolieroču, stratēģiskas nozīmes preču un tehnoloģiju, kā arī militāro tehnoloģiju nelegālu iegūšanu, glabāšanu un apriti;
g) noziedzīgiem nodarījumiem, kuru objekts ir kultūrvēsturiskās vērtības;
h) naudas, maksāšanas līdzekļu un dokumentu viltošanu;
i) ekonomiskajiem noziegumiem;

j) nelegāli iegūtu līdzekļu legalizāciju;
k) noziedzīgiem nodarījumiem ar transportlīdzekļiem;
l) korupciju;
m) kibernoziegumiem.

**3.pants** Atteikums sadarboties

(1) Katra Līgumslēdzēja Puse var pilnībā vai daļēji atteikties izpildīt palīdzības pieprasījumu, ja tā uzskata, ka tā izpildīšana var apdraudēt tās valsts suverenitāti, drošību vai jebkuras citas būtiskas intereses, vai ja tas ir pretrunā ar tās nacionālajiem normatīvajiem aktiem vai saistībām, kas izriet no starptautiskajiem līgumiem. Lai īstenotu pieprasījumu, viena Līgumslēdzēja Puse var izvirzīt nosacījumus, kuri ir saistoši otrai Līgumslēdzējai Pusei.
(2) Līgumslēdzējas Puses nekavējoties rakstiski informē viena otru par atteikumu izpildīt pieprasījumu vai par tā daļēju izpildīšanu, norādot arī iemeslus.

**4.pants** Piemērojamās tiesības

Sadarbība šī Līguma ietvaros notiek saskaņā ar Līgumslēdzēju Pušu nacionālajiem normatīvajiem aktiem un starptautisko tiesību noteikumiem.

**III daļa**
**Sadarbības jomas**

**5.pants** Informācijas apmaiņa

(1) Līgumslēdzējas Puses sniedz savstarpējo palīdzību, apmainoties ar personas datiem un citiem datiem, un materiāliem, īpaši:
a) informējot par noziedzīgiem nodarījumiem, to izdarītājiem un citām iesaistītām personām, kā arī par apstākļiem, kuros noziedzīgs nodarījums tika izdarīts, un veiktajiem pasākumiem;
b) apmainoties ar pierādījumiem vai informāciju par priekšmetiem, kam ir saistība ar noziedzīgu nodarījumu;
c) apmainoties ar pieredzi un informāciju par jauniem noziedzīgu nodarījumu veidiem;
d) regulāri apmainoties ar informāciju par vispārējo noziedzības situāciju;
e) apmainoties ar informāciju par gaidāmajām īpašajām darbībām un operācijām, kas varētu interesēt otru Līgumslēdzēju Pusi;
f) apmainoties ar informāciju par nacionālajiem normatīvajiem aktiem, kas ir svarīgi šī Līguma īstenošanai.

**6.pants** Kopīgās darba grupas

Līgumslēdzēju Pušu kompetentās institūcijas nepieciešamības gadījumā nodibina operatīvas darba grupas, kurās vienas Līgumslēdzējas Puses amatpersonas, neizmantojot suverēnās tiesības, darbojas kā padomdevēji un atbalstītāji operācijās, kas notiek otras Līgumslēdzējas Puses suverēnajā teritorijā.

**7.pants** Sadarbības koordinācija

(1) Līgumslēdzēju Pušu kompetentās institūcijas, ciktāl tas nepieciešams, veic koordinētus pasākumus, plānojot vai īstenojot savā teritorijā īpašus izmeklēšanas un operatīvos pasākumus kā kontrolētās piegādes, novērošanu un slēptās operācijas.
(2) Kompetentās institūcijas savas kompetences ietvaros veic pasākumus, lai garantētu liecinieku, cietušo un citu personu aizsardzību nolūkā novērst fizisku kaitējumu, dzīvības un veselības apdraudējumu, un nolūkā garantēt gribas un rīcības brīvību.
(3) Kompetentās institūcijas koordinē kopīgo noziedzības novēršanas programmu plānošanu un īstenošanu.
(4) Kompetentās institūcijas kopīgi izlemj, ņemot vērā konkrēto gadījumu, par tādu izdevumu segšanu, kas radušies saistībā ar šī panta īstenošanu.

**8.pants** Mācības un apmācības

(1) Līgumslēdzējas Puses palīdz viena otrai, veicot pasākumus apmācību un mācību jomā, īpaši:
   a) organizējot kopīgus seminārus, mācības un apmācību kursus;
   b) apmācot speciālistus;
   c) apmainoties ar ekspertiem un mācību metodiku;
   d) mācībās piedaloties novērotājiem.
(2) Līgumslēdzējas Puses savu iespēju robežās rīko apmācības un mācības otras Līgumslēdzējas Puses valsts valodā vai angļu valodā.

**9.pants** Procedūras un izmaksas

(1) Pieprasījumi par informāciju, koordinētiem pasākumiem vai citiem palīdzības veidiem tiek iesniegti rakstiski un iekļaujot pieprasījuma pamatojumu. Steidzamos gadījumos kompetentās institūcijas var iesniegt pieprasījumu mutiski, kas pēc tam nekavējoties tiek apstiprināts rakstiski.
(2) Kompetentās institūcijas sniedz palīdzību tieši, ar nosacījumu, ka palīdzības pieprasījums saskaņā ar nacionālajiem normatīvajiem aktiem neietilpst tiesu iestāžu kompetencē. Ja policijas iestāde, kas ir saņēmusi palīdzības pieprasījumu, nav atbildīga par šī pieprasījuma izpildi, tā nosūta to atbildīgajai institūcijai.

(3) Līgumslēdzēju Pušu kompetentās institūcijas var viena otru informēt par īpašiem gadījumiem pēc savas iniciatīvas, ja šāda informācija var būt noderīga, lai novērstu kaitējumu sabiedriskajai drošībai un kārtībai vai lai apkarotu un novērstu noziedzīgus nodarījumus.
(4) Pieprasījumu saņēmušās Līgumslēdzējas Puses kompetentās institūcijas uz 1.punktā minēto pieprasījumu atbild pēc iespējas īsākā laikā. Pieprasījumu saņēmušajai institūcijai ir tiesības lūgt papildu informāciju, kas nepieciešama, lai atbildētu uz pieprasījumu.
(5) Izdevumus, kas radušies saistībā ar pieprasījuma izpildi, sedz pieprasījumu saņēmusī Līgumslēdzēja Puse, ja vien saskaņā ar 7.panta 4.punktā noteikto nav nolemts citādi.

**IV daļa**
**Policijas sakaru virsnieki**

**10.pants**

(1) Līgumslēdzēju Pušu kompetentās institūcijas var vienoties par policijas sakaru virsnieku nozīmēšanu uz noteiktu vai nenoteiktu laiku uz otras Līgumslēdzējas Puses valsti, kur viņiem tiek piešķirts diplomātiskā pārstāvja statuss saskaņā ar 1961.gada 18.aprīļa Vīnes Konvenciju par diplomātiskajām attiecībām.
(2) Policijas sakaru virsnieka nosūtīšanas uz otras Līgumslēdzējas Puses valsti mērķis ir uzlabot un paātrināt sadarbību, īpaši atbalstot policijas un tiesisko palīdzību kriminālllietās.
(3) Policijas sakaru virsnieki darbojas kā padomdevēji un atbalstītāji, neizmantojot suverēno varu. Viņiem nav tiesības individuāli īstenot policijas pasākumus. Viņi sniedz informāciju un veic uzdevumus saskaņā ar instrukcijām, kas saņemtas no nosūtošās Līgumslēdzējas Puses.

**V daļa**
**Datu aizsardzība, klasifikācija un sniegšana trešajām valstīm**

**11.pants** Datu aizsardzība

Lai aizsargātu personas datus, ar kuriem savstarpēji apmainījušās Līgumslēdzējas Puses šī sadarbības Līguma ietvaros un saskaņā ar Līgumslēdzēju Pušu valstu spēkā esošajiem normatīvajiem aktiem un starptautiskajām saistībām, tiek ievēroti šādi noteikumi:
a) ar sensitīvajiem datiem par indivīdiem un personības raksturojumiem, kas minēti 1981.gada 28.janvāra Strasbūras Konvencijas par personu aizsardzību attiecībā uz personas datu automātisku apstrādi 6.pantā, drīkst apmainīties tikai absolūtas nepieciešamības gadījumā un saistībā ar citiem datiem;
b) datus saņēmusī Līgumslēdzēja Puse var izmantot datus tikai tiem mērķiem, kas minēti šajā Līgumā, un tikai saskaņā ar noteikumiem, ko paredzējusi

datus sniegusī Līgumslēdzēja Puse; šādus datus drīkst izmantot citiem nolūkiem tikai ar tās Puses iepriekšēju rakstisku atļauju, kas sniegusi datus;

c) pēc datus sniegušās Līgumslēdzējas Puses pieprasījuma, datus saņēmusī Līgumslēdzēja Puse sniedz informāciju par nosūtīto datu izmantošanu un sasniegtajiem rezultātiem;

d) datus var izmantot tikai tiesu vai policijas iestādes vai jebkuras citas institūcijas, ko noteikušas Līgumslēdzējas Puses noziedzības apkarošanas nolūkos. Līgumslēdzējas Puses apmainās ar sarakstiem par attiecīgajām institūcijām. Datus nedrīkst sniegt citām institūcijām, ja vien datus sniegusī Līgumslēdzēja Puse nav devusi rakstisku piekrišanu;

e) datus sniegušajai Līgumslēdzējai Pusei ir pienākums pārliecināties, ka sniegtie dati ir precīzi, un tā arī pārliecinās, vai datu sniegšana ir nepieciešama un proporcionāla plānotajam mērķim. Ja vēlāk atklājas, ka ir sniegti neprecīzi dati vai dati, kurus nedrīkstēja sniegt, par to nekavējoties paziņo datus saņēmušajai Līgumslēdzējai Pusei. Datus saņēmusī Līgumslēdzēja Puse nekavējoties izlabo kļūdas vai iznīcina tos, ja tika sniegti dati, kurus nedrīkstēja sniegt;

f) personas, kuru personas datus sniegs vai sniedza, var pieprasīt informāciju par šiem datiem un to plānoto izmantošanu. Šādos gadījumos tiek piemēroti tās Līgumslēdzējas Puses valsts normatīvie akti, kurā iesniegts pieprasījums. Atbildi sniedz tikai, ja otra Līgumslēdzēja Puse ir sniegusi rakstisku piekrišanu;

g) sniedzot datus, datus sniegusī Līgumslēdzēja Puse var nepieciešamības gadījumā paziņot datus saņēmušajai Līgumslēdzējai Pusei par termiņiem, kad šie dati jāiznīcina saskaņā ar tās nacionālajiem normatīvajiem aktiem. Neatkarīgi no termiņa, pārsūtītie dati jāiznīcina, tiklīdz tie vairs nav nepieciešami tam mērķim, kuram tie tika nosūtīti. Datus saņēmusī Līgumslēdzēja Puse informē datus sniegušo Līgumslēdzēju Pusi par sniegto datu iznīcināšanu un par iemesliem datu iznīcināšanai. Ja šis Līgums zaudē spēku, visi saņemtie dati ir jāiznīcina;

h) abas Līgumslēdzējas Puses reģistrē personas datu nosūtīšanu, saņemšanu un iznīcināšanu;

i) nacionālo normatīvo aktu ietvaros viena Līgumslēdzēja Puse nevar ierobežot atbildību pret cietušo, balstoties uz to, ka otra Līgumslēdzēja Puse sniegusi nepareizus datus vai datus, kurus nedrīkstēja sniegt. Ja datus saņēmusī Līgumslēdzēja Puses samaksā kompensāciju par kaitējumu, kas nodarīts, izmantojot nepareizus datus vai datus, kurus nedrīkstēja nosūtīt, tad datus sniegusī Līgumslēdzēja Puse atlīdzina datus saņēmušajai Līgumslēdzējai Pusei pilnu izmaksāto kompensāciju;

j) abām Līgumslēdzējām Pusēm ir pienākums efektīvi aizsargāt personas datus pret nelikumīgu piekļūšanu tiem un nelikumīgu grozīšanu vai publicēšanu.

**12.pants** Klasificētās informācijas aizsardzība un sniegšana trešajām valstīm

(1) Datus sniegusī Līgumslēdzēja Puse, sniedzot informāciju, kura saskaņā ar tās normatīvajiem aktiem ir klasificēta, paredz nosacījumus, ar kādiem šī informācija var tikt lietota. Otra Līgumslēdzēja Puse nodrošina atbilstošu aizsardzības līmeni.
(2) Klasificēto informāciju drīkst nodot trešajām valstīm tikai ar iepriekšēju datus sniegušās Līgumslēdzējas Puses rakstisku piekrišanu.

**VI daļa**
**Noslēguma noteikumi**

**13.pants** Kompetentās institūcijas

(1) Lai īstenotu šo Līgumu, Latvijas Republikas kompetentā institūcija, kas ir Iekšlietu ministrija, un Šveices Konfederācijas kompetentā institūcija, kas ir Federālā tieslietu un policijas departamenta Federālais Policijas birojs, tieši un operatīvi sadarbojas to attiecīgo pilnvaru un kompetences ietvaros.
(2) Līgumslēdzējas Puses viena otrai 30 dienu laikā kopš šī Līguma spēkā stāšanās paziņo to institūciju telefona numurus, faksa numuru vai citus saziņas līdzekļus un, cik tas iespējams, arī kontaktpersonu vārdus, kurām ir otras Līgumslēdzējas Puses valodu zināšanas.
(3) Kompetentās institūcijas paziņo viena otrai par jebkurām izmaiņām 1. un 2.daļās minētajos datos.

**14.pants** Valoda

Ja vien nav panākta citāda vienošanās, šo Līgumu īsteno angļu valodā.

**15.pants** Ekspertu tikšanās

Kopīgas grupas, kas sastāv no Līgumslēdzēju Pušu augsta līmeņa amatpersonām, regulāri tiekas un novērtē Līguma īstenošanas gaitu, sadarbības kvalitāti, apspriež jaunas stratēģijas un konstatē, vai nepieciešams papildināt un uzlabot Līgumu.

**16.pants** Papildus vienošanās

Līgumslēdzēju Pušu kompetentās institūcijas var noslēgt papildus vienošanās, balstoties uz šo Līgumu un tā ietvaros, lai īstenotu un veicinātu sadarbību.

**17.pants** Saistība ar citām starptautiskām vienošanās

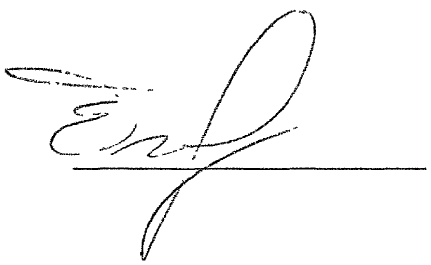
Šis Līgums nekaitē saistībām, kas Līgumslēdzēju Pušu valstīm izriet no citām starptautiskām divpusējām vai daudzpusējām vienošanās.

**18.pants** Līguma spēkā stāšanās un darbības izbeigšana

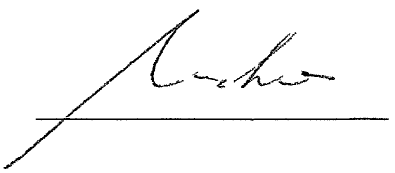
(1) Šis Līgums stājas spēkā dienā, kad saņemts pēdējais paziņojums, ar kuru Līgumslēdzējas Puses informē, ka ir izpildītas iekšējās juridiskās prasības, lai Līgums stātos spēkā.
(2) Šis Līgums ir noslēgts uz nenoteiktu laiku. Viena Līgumslēdzēja Puse jebkurā laikā to var denonsēt, paziņojot par to rakstiski pa diplomātiskajiem kanāliem. Šis Līgums zaudē spēku sešus mēnešus pēc tam, kad otra Līgumslēdzēja Puse ir saņēmusi šādu rakstisku paziņojumu.

Parakstīts Rīgā, 2005.gada 23.maijā divos oriģinālos eksemplāros, katrs latviešu un vācu valodās, abiem tekstiem esot vienlīdz autentiskiem.

Latvijas Republikas
vārdā



Šveices Konfederācijas
vārdā



[TRANSLATION – TRADUCTION]

# AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF LATVIA AND THE SWISS CONFEDERATION ON POLICE COOPERATION IN COMBATING CRIME

The Republic of Latvia and the Swiss Confederation, hereinafter referred to as the Contracting Parties;

Desirous of contributing to the development of their mutual relations;

Convinced that police cooperation is of considerable importance in combating and effectively preventing crime, particularly organized crime, illegal trade in narcotics, psychotropic substances and precursors, and terrorism;

Seeking to formalize and amplify the existing police cooperation between the Latvian and the Swiss authorities;

Making due allowance for the rights and duties of the nationals of both Contracting Parties; and

Respecting international obligations and the provisions of domestic law;

Have agreed as follows:

## TITLE I. PURPOSE

### *Article 1*

This Agreement is intended to strengthen bilateral police cooperation between the Contracting Parties in the prevention, detection and investigation of criminal offences, in particular through the exchange of strategic and operational information and through regular contacts at all levels between the Contracting Parties.

## TITLE II. SCOPE

### *Article 2. Forms of crime covered by the Agreement*

The cooperation within the terms of this Agreement shall cover all forms of crime, but primarily:

(a) organized crime;

(b) terrorism and other criminal acts related thereto;

(c) trafficking and smuggling of people;

(d) sexual offences against children;

(e) illegal trade in narcotics, psychotropic substances and precursors;

(f) illegal procurement, illegal ownership and trade in weapons, ammunition and explosives; in strategically important chemical, biological, radioactive and nuclear materials, goods and technologies; or in military technology;

(g) offences concerning objects of cultural and historic significance;

(h) forgery or counterfeiting of money, payment instruments and documents;

(i) white-collar crime;

(j) money laundering;

(k) offences related to motor vehicles;

(l) corruption;

(m) computer crime.

*Article 3. Withholding of cooperation*

1. If one of the Contracting Parties is of the view that compliance with a request for assistance or any other measure based on this Agreement might infringe its sovereignty, security or other significant interests, or might infringe the provisions of its law or its obligations under international agreements, that Contracting Party may decline to provide assistance or to carry out the action in a specific case, either completely or in part, or may make compliance subordinate to specific conditions, which the other Contracting Party shall be obliged to fulfil.

2. If a request is declined wholly or in part, the requested Contracting Party shall inform the requesting Contracting Party accordingly, without delay and in writing and with a short statement of the reasons.

*Article 4. Applicable law*

Cooperation under this Agreement shall take place on the basis of the domestic law of the Contracting Parties and in accordance with the provisions of international law.

TITLE III. FORMS OF COOPERATION

*Article 5. Exchange of information*

The Contracting Parties shall support one another by the exchange of data and materials, both relating to personal information and of other kinds, in particular through:

(a) communication of information on criminal offences, perpetrators and other persons having to do with a criminal act, as well as on the way in which the crime was committed and measures taken;

(b) exchange of evidence or information concerning objects that are related to a criminal act;

(c) transfer of experience and discoveries concerning new forms of crime;

(d) regular exchange of general analyses of the situation;

(e) notification of planned actions and special operations that are of interest to the other Contracting Party;

(f) mutual notification on provisions of domestic law that are relevant to the cooperation.

*Article 6. Joint working groups*

The competent authorities of the Contracting Parties may, if necessary, form operational working groups, in which officers of one of the Contracting Parties may act in an advisory and supporting capacity, without exercise of sovereign powers, in operations on the sovereign territory of the other Contracting Party.

*Article 7. Coordination of cooperation*

1. The competent authorities of the Contracting Parties shall ensure, as necessary, a coordinated approach in the planning or implementation of special investigative techniques and operations such as monitored delivery, surveillance and undercover investigation on their respective sovereign territories.

2. Within the limits of their competence, the authorities shall coordinate measures to guarantee the protection of witnesses, victims and other persons in order to avert in any specific case a threat to bodily integrity, life, health, liberty, or freedom of thought or action.

3. The competent authorities shall coordinate the planning and execution of joint crime prevention programmes.

4. The competent authorities shall determine together in individual cases whether the fulfilment of the present article calls for a particular apportionment of the costs.

*Article 8. Basic and advanced training*

1. The Contracting Parties shall assist one another in the area of basic and advanced training, in particular through:

(a) holding of joint seminars, exercises and training courses;

(b) training of specialists;

(c) exchange of subject experts and training concepts;

(d) presence of observers at exercises.

2. The Contracting Parties shall organize, to the extent possible, the basic and advanced training in the language of the other Contracting Party or in English.

*Article 9. Procedures and costs*

1. Requests for information, for coordination of undertakings or other requests for assistance shall be submitted in writing together with a written statement of the reasons for the request. In urgent cases a request may also be made orally, provided that it is followed by an immediate written confirmation.

2. The assistance shall be provided directly from the competent authorities of one Contracting Party to those of the other, unless under national law a request or the compliance therewith falls exclusively to the justice authorities. If the requested police authority is not competent for compliance with the request, it shall pass the request on to the competent authority.

3. The competent authorities may in specific cases provide one another with information on their own initiative, where such information appears necessary in order to assist the recipient in preventing specific threats to public safety and order or to combat criminal acts.

4. The competent authorities of the requested Contracting Party shall respond as quickly as possible to a request made in accordance with paragraph 1. The requested authority may seek further information if necessary.

5. The costs for the handling and fulfilment of a request shall be borne by the requested Contracting Party, unless that other arrangements have been made in accordance with article 7, paragraph 4.

## TITLE IV. POLICE ATTACHÉS

### *Article 10*

1. The competent authorities of the Contracting Parties may by mutual accord station police attachés for either limited or unlimited periods on the territory of the other Contracting Party, where they shall have the status of diplomatic representatives as defined in the Vienna Convention of 18 April 1961 on Diplomatic Relations.

2. The assignment of police attachés shall have the objective of promoting and streamlining cooperation, in particular by providing support in the mutual assistance with police and judicial procedures having to do with criminal matters.

3. The police attachés shall act in an advisory and supporting role, without exercise of sovereign functions. They shall not be entitled to initiate police actions on their own authority. They shall provide information and fulfil their mandate within the limits of the instructions given to them by the assigning Contracting Party.

## TITLE V. DATA PROTECTION, CLASSIFICATION AND DISCLOSURE OF DATA TO THIRD STATES

### *Article 11. Data protection*

Personal data transmitted on the basis of this Agreement shall be protected not only through observance of the provisions of domestic law applicable respectively to the Contracting Parties and through respect for international obligations, but also in particular by the following stipulations:

(a) Sensitive data on individuals and personality profiles within the meaning of article 6 of the Convention for the protection of individuals with regard to automatic proc-

essing of personal data (Strasbourg, 28 January 1981) may be transmitted only if doing so is absolutely essential, and only together with other data.

(b) The receiving Contracting Party may use the data only for the purposes cited in this Agreement and only under the conditions stipulated by the transmitting Contracting Party. The receiving Contracting Party may use the data for any other purposes only with the prior written approval of the transmitting Contracting Party.

(c) The receiving Contracting Party shall inform the transmitting Contracting Party, upon request, of the use made of the data transmitted and of the results achieved thereby.

(d) Data may be used only by judiciary or police authorities or by a different authority designated by the Contracting Parties, for the purposes of combating crime. The Contracting Parties shall send one another the relevant lists in this area. Any disclosure of the data to other departments shall require the prior written approval of the transmitting Contracting Party.

(e) The transmitting Contracting Party shall be obliged to ensure the accuracy of the data to be transmitted and also the necessity and appropriateness of the transfer in the light of the intended purpose. If it should become evident that inaccurate data, or data that should not have been transmitted, have been transmitted, this must be communicated to the recipient without delay. The latter shall be obliged to correct or destroy the data immediately.

(f) The person affected by the transmittal of data shall have the right to request information on the data concerning him or her and on the purpose thereof. Provision of a response shall be subordinate to the domestic law of the Contracting Party in which the request is made. Such a request will be fulfilled only after written approval of the other Contracting Party.

(g) When transmitting data, the transmitting Contracting Party may, if necessary, draw attention to the deadlines for deletion of the data stipulated by its own domestic law. Notwithstanding such deadlines, the transmitted data must be deleted as soon as they are no longer needed for the purpose for which they were transmitted. The receiving Contracting Party shall inform the transmitting Contracting Party about the deletion of data and the reasons therefor. In the event that this Agreement should come to an end, all data transmitted under this Agreement shall be deleted.

(h) The Contracting Parties shall be obliged to keep records of the transmittal, receipt and deletion of data.

(i) Within the context of its liability as provided for by domestic law, a Contracting Party dealing with a damaged party may not base its defence on the argument that the other Contracting Party transmitted inaccurate data or did so illegally. If the Contracting Party pays compensation on the grounds of damage caused by the use of inaccurate data or illegally transmitted data, the transmitting Contracting Party shall reimburse the receiving Contracting Party for the entire amount of the compensation paid.

(j) The Contracting Parties shall be obliged to protect the transmitted data effectively against unauthorized access and against unauthorized modification or publication.

*Article 12. Protection of classified information and disclosure to third States*

1. In disclosing information, the transmitting Contracting Party shall lay down conditions on the handling of information which under the provisions of its own law is classified. The other Contracting Party shall guarantee the requested level of protection.

2. Classified information may be disclosed to other States only with the prior written approval of the transmitting Contracting Party.

TITLE VI. FINAL PROVISIONS

*Article 13. Competent authorities*

1. The authorities with competence for the fulfilment of this Agreement shall be the Ministry of the Interior in the Republic of Latvia and the Federal Police Authority of the National Justice and Police Department in the Swiss Confederation. These authorities shall be empowered to cooperate directly and in operational terms, subject to the limits of their competence.

2. The competent authorities shall communicate to one another thirty days after the entry into force of this Agreement the relevant addresses, phone and fax numbers and any other communication links, and to the extent possible shall designate contact persons who have knowledge of the language of the other Contracting Party.

3. The competent authorities shall inform one another of any changes in the competence or identity of the authorities referred to in paragraphs 1 and 2.

*Article 14. Language*

The English language shall be used to carry out this Agreement, unless some other arrangement has been agreed.

*Article 15. Meetings of experts*

A joint expert group consisting of high-ranking representatives of the Contracting Parties shall meet regularly to examine the implementation of this Agreement and the quality of the cooperation, and shall discuss new strategies and determine whether there is a need for additions or further developments.

*Article 16. Supplementary agreements*

The competent authorities of the Contracting Parties may, on the basis and within the context of this Agreement, make further agreements with the objective of implementing and promoting the cooperation.

*Article 17. Relationship with other international agreements*

This Agreement shall not affect the obligations of the Contracting Parties from other bilateral and multilateral international agreements to which they are parties.

*Article 18. Entry into force and termination*

1. This Agreement shall enter into force on the date of receipt of the latter of the two notifications by which the Parties inform one another that from a legal standpoint the domestic requirements for the entry into force have been fulfilled.

2. This Agreement shall be concluded for an indefinite period. It may be terminated by either Contracting Party at any time by means of written communication through the diplomatic channel. It shall cease to have effect six months after the receipt of such communication.

Done at Riga on 23 May 2005 in two originals in the Latvian and German languages, both texts being equally binding.

For the Republic of Latvia:
ĒRIKS JĒKABSONS

For the Swiss Confederation:
CHRISTOPH BLOCHER

[TRANSLATION – TRADUCTION]

# ACCORD ENTRE LA CONFÉDÉRATION SUISSE ET LA RÉPUBLIQUE DE LETTONIE SUR LA COOPÉRATION POLICIÈRE EN MATIÈRE DE LUTTE CONTRE LA CRIMINALITÉ

La Confédération suisse et la République de Lettonie, dénommées ci-après les Parties,

Désireuses de contribuer au renforcement des relations entre les deux États,

Convaincues de l'importance que revêt la coopération pour combattre et prévenir la criminalité, en particulier dans les domaines du crime organisé, du trafic illicite de stupéfiants, de substances psychotropes et des produits chimiques précurseurs de stupéfiants, ainsi que du terrorisme,

Désireuses de concrétiser et de compléter la coopération policière actuelle entre les autorités suisses et lettones,

Respectueuses des droits et des devoirs des ressortissants des deux Parties, et

Attentives aux engagements internationaux et aux législations nationales,

Sont convenues de ce qui suit :

## TITRE I. OBJECTIF DE L'ACCORD

### *Article 1*

Le présent Accord a pour objectif de renforcer la coopération policière bilatérale entre les Parties dans la prévention, la mise au jour et l'élucidation d'infractions, notamment par l'échange d'informations stratégiques et opérationnelles et des contacts réguliers entre les Parties à tous les niveaux adéquats.

## TITRE II. CHAMP D'APPLICATION

### *Article 2. Formes de criminalité visées par le présent Accord*

Selon les dispositions du présent Accord, la coopération porte sur toutes les formes de criminalité, dont notamment :

a. le crime organisé;

b. le terrorisme et autres infractions qui y sont liées;

c. la traite d'êtres humains et le trafic de migrants;

d. les infractions sexuelles commises sur les mineurs;

e. le trafic de stupéfiants, de substances psychotropes et des produits chimiques précurseurs de stupéfiants;

f. l'acquisition, la possession et le trafic illicites d'armes et de munitions, d'explosifs, de matières chimiques, biologiques, radioactives et nucléaires, de marchandises et de technologies d'importance stratégique, ou de technologies militaires;

g. les atteintes aux biens culturels et historiques;

h. la contrefaçon ou la falsification de monnaies, de moyens de paiement et de documents;

i. la criminalité économique;

j. le blanchiment d'argent;

k. les infractions concernant des véhicules automobiles;

l. la corruption;

m. la criminalité informatique.

*Article 3. Exclusion de la coopération*

1. Si une Partie estime qu'une demande d'entraide ou une autre mesure exécutée en vertu du présent Accord est de nature à porter atteinte à sa souveraineté, à compromettre sa sécurité ou d'autres intérêts prépondérants, ou encore à violer ses normes juridiques ou ses engagements à l'égard de traités internationaux, elle peut refuser de l'exécuter en tout ou partie, ou la lier à certaines conditions que l'autre Partie est tenue de respecter.

2. Lorsque la Partie requise refuse de donner suite à la demande en tout ou partie, elle informe immédiatement la Partie requérante par écrit en précisant brièvement les raisons pour lesquelles elle ne peut coopérer.

*Article 4. Droit applicable*

La coopération déployée sur la base du présent Accord et son exécution se déroulent conformément au droit national des Parties ainsi qu'aux dispositions du droit international.

TITRE III. FORMES DE COOPÉRATION

*Article 5. Échange d'informations*

Les Parties se prêtent mutuellement assistance en échangeant des données et du matériel à caractère personnel ou non personnel, notamment :

a. en se transmettant des informations relatives à des infractions, aux auteurs et à d'autres personnes qui y sont impliquées ainsi qu'en livrant des indications sur la manière dont les infractions ont été commises et sur les mesures auxquelles elles ont donné lieu;

b. en échangeant des moyens de preuve ou des informations sur les objets ayant un rapport avec l'infraction;

c. en échangeant leurs expériences et en transmettant les résultats de leurs recherches sur les nouvelles formes de criminalité;

d. en échangeant régulièrement des analyses de la situation;

e. en renseignant l'autre Partie sur les opérations et interventions spéciales en prévision qui présentent un intérêt pour elle;

f. en s'informant mutuellement des prescriptions de leur droit national pertinentes pour la coopération.

*Article 6. Groupes de travail communs*

Les autorités compétentes des Parties peuvent, selon les besoins, former des groupes de travail opérationnels dans lesquels les agents d'une Partie assument, lors de missions sur le territoire de l'autre Partie, des fonctions de conseil et d'appui sans disposer du pouvoir de souveraineté.

*Article 7. Coopération coordonnée*

1. Les autorités compétentes des Parties agissent, en fonction des besoins, de manière coordonnée lors de la planification ou de la mise en œuvre de techniques d'enquête et d'engagements opérationnels tels que les livraisons surveillées, l'observation et l'investigation secrète sur leurs territoires respectifs.

2. Dans les limites des compétences qui leur sont conférées, les autorités coordonnent les mesures permettant d'assurer la protection des témoins et des victimes ainsi que celle d'autres personnes afin de prévenir, dans des cas particuliers, une atteinte imminente à leur vie, à leur intégrité corporelle, à leur santé, à leur liberté, à la libre formation de leur opinion et à leur libre détermination.

3. Les autorités compétentes coordonnent la planification et l'application de programmes communs de prévention de la criminalité.

4. Les autorités compétentes déterminent conjointement, au cas par cas, si l'application du présent article justifie une répartition particulière des frais.

*Article 8. Formation et perfectionnement*

1. Les Parties se prêtent mutuellement assistance dans le domaine de la formation et du perfectionnement, notamment :

a. en organisant conjointement des séminaires, des exercices et des cours d'entraînement;

b. en formant des spécialistes;

c. en échangeant des experts et des concepts de formation;

d. en prévoyant la participation d'observateurs à des exercices.

2. Les Parties organisent des cours de formation et de perfectionnement tenus, dans la mesure du possible, dans la langue de l'autre Partie ou en anglais.

*Article 9. Procédure et frais*

1. Les demandes d'informations, les demandes de coordination de mesures ou les autres requêtes d'assistance doivent être déposées en la forme écrite. En cas d'urgence, la demande peut être transmise de vive voix et la demande écrite sera déposée sans retard.

2. Les autorités compétentes portent directement assistance, pour autant que le droit national ne réserve pas le dépôt d'une demande ou l'exécution de cette dernière aux autorités judiciaires. Lorsque l'autorité de police requise n'a pas la compétence de traiter la demande, elle la transmet à l'autorité compétente.

3. Dans les cas d'espèce, les autorités compétentes peuvent se communiquer mutuellement de leur propre initiative les informations qui paraissent indispensables au destinataire, afin de le soutenir dans la prévention de dangers concrets pour la sécurité et l'ordre publics ou dans la lutte contre les infractions.

4. Les autorités compétentes de la Partie requise répondent dans les meilleurs délais à toute demande visée au paragraphe 1. L'autorité requise peut exiger, si nécessaire, des informations complémentaires.

5. Les frais de traitement d'une demande sont pris en charge par la Partie requise, pour autant que rien d'autre ne soit conclu en vertu de l'art. 7, al. 4, du présent Accord.

TITRE IV. ATTACHÉS DE POLICE

*Article 10*

1. Les autorités compétentes des Parties peuvent, d'un commun accord, convenir de détacher pour une période déterminée ou indéterminée des attachés de police sur le territoire de l'autre Partie, où ils bénéficieront du statut d'agent diplomatique au sens de la Convention de Vienne du 18 avril 1961 sur les relations diplomatiques.

2. Le détachement d'attachés de police vise à promouvoir et à accélérer la coopération, en particulier par l'intermédiaire de l'entraide policière et judiciaire en matière pénale.

3. Les attachés de police exercent des fonctions de conseil et d'appui sans disposer du pouvoir de souveraineté. Ils ne sont pas autorisés à exécuter des mesures policières de leur propre chef. Ils fournissent des informations et exécutent leurs missions dans le cadre des instructions qui leur sont données par la Partie qui les a détachés.

TITRE V. PROTECTION ET CLASSIFICATION DES DONNÉES ET REMISE À DES ÉTATS TIERS

*Article. 11 Protection des données*

La protection de données à caractère personnel transmises en vertu du présent Accord est garantie par les prescriptions juridiques nationales en vigueur dans chacune des Parties et par les engagements internationaux pris en vertu des dispositions suivantes :

a. Les données sensibles relatives à des individus et les profils de la personnalité visés à l'art. 6 de la Convention pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé de données à caractère personnel (Strasbourg, 28 janvier 1981), ne peuvent être transmis qu'en cas d'absolue nécessité et que s'ils sont joints à d'autres données.

b. L'utilisation des données par la Partie destinataire n'est admise qu'aux fins mentionnées dans le présent Accord et qu'aux conditions prescrites par la Partie expéditrice. La Partie destinataire ne peut utiliser les données transmises à d'autres fins qu'avec le consentement écrit préalable de la Partie expéditrice.

c. A la demande de la Partie expéditrice, la Partie destinataire renseigne cette dernière sur l'utilisation qu'elle a faite des données et sur les résultats qu'elle a obtenus.

d. Les données ne peuvent être utilisées que par des autorités de justice ou de police, ou par une autorité désignée par la Partie concernée, en vue de lutter contre la criminalité. Les Parties se transmettent mutuellement les listes établies à cet effet. La transmission ultérieure de ces données à d'autres services est subordonnée au consentement préalable de la Partie expéditrice.

e. La Partie expéditrice est tenue de vérifier l'exactitude des données fournies, de même que la nécessité et la proportionnalité de leur transmission, compte tenu de l'objectif poursuivi. Si des données inexactes ou indues sont transmises, le destinataire doit en être aussitôt informé. Celui-ci est tenu de rectifier ou de détruire immédiatement les données en cause.

f. La personne intéressée a le droit d'être renseignée sur les informations qui la concernent et sur l'utilisation qui en est prévue. Ce droit est régi par le droit national de la Partie auprès de laquelle la demande a été déposée. Il ne peut être répondu à une demande qu'avec le consentement écrit de l'autre Partie.

g. La Partie expéditrice peut indiquer, si nécessaire, lors de la transmission, les délais prescrits par le droit national pour l'effacement des données. Indépendamment de ces délais, les données transmises doivent être effacées dès le moment où elles ne sont plus nécessaires aux fins pour lesquelles elles avaient été transmises. La Partie destinataire informe la Partie expéditrice de l'effacement des données et des motifs pour lesquels il a été effectué. En cas de dénonciation du présent Accord, toutes les données qui ont été transmises en vertu de cet Accord doivent être effacées.

h. Les Parties sont tenues de consigner dans les dossiers la transmission, la réception et l'effacement de données. i. Au vu de la responsabilité qui lui incombe conformément à son droit national, une Partie ne peut invoquer à sa décharge, à l'égard d'une personne lésée, le fait qu'une autre Partie ait transmis des données inexactes ou les aient transmises illégalement. En cas de réparation d'un dommage imputable à la transmission de données inexactes ou à la transmission illégale de données, la Partie expéditrice rembourse à la Partie destinataire l'intégralité du montant alloué à titre de réparation.

j. Les Parties sont tenues de protéger efficacement les données transmises contre tout accès, modification ou communication indus.

*Article 12. Protection des informations classifiées et remise à des États tiers*

1. Lorsqu'une Partie transmet des informations qui, selon ses dispositions juridiques, sont classifiées, elle établit les conditions relatives à leur utilisation. L'autre Partie garantit la protection demandée.

2. Les informations classifiées ne peuvent être remises à des États tiers qu'avec le consentement préalable écrit de la Partie expéditrice.

TITRE VI. DISPOSITIONS FINALES

*Article 13. Autorités compétentes*

1. Les autorités compétentes pour l'exécution du présent Accord sont, pour la Confédération suisse, l'Office fédéral de la police du Département fédéral de justice et police et, pour la République de Lettonie, le Ministère de l'Intérieur. Ces autorités sont autorisées à coopérer directement et opérationnellement dans leur sphère de compétences.

2. Les autorités compétentes se communiquent mutuellement, 30 jours après l'entrée en vigueur du présent Accord, les adresses, les numéros de téléphone et de télécopie et d'autres moyens d'entrer en contact et désignent, si possible, des personnes de contact ayant des connaissances de la langue de l'autre Partie.

3. Les autorités compétentes s'informent mutuellement des modifications intervenues dans les compétences et les appellations des autorités visées aux par. 1 et 2.

*Article 14. Langue*

Dans le cadre de l'application du présent Accord, les informations sont, sauf avis contraire, échangées en langue anglaise.

*Article 15. Réunions d'experts*

Un groupe d'experts commun composé de représentants haut placés des deux Parties se réunit régulièrement, vérifie que l'Accord est bien appliqué et que le travail fourni est de bonne qualité, discute de nouvelles stratégies et vérifie si des compléments ou un développement s'avèrent nécessaires.

*Article 16. Arrangements complémentaires*

Sur la base et dans les limites du présent Accord, les autorités compétentes des Parties sont habilitées à convenir des arrangements complémentaires afin de mettre en œuvre et de renforcer leur coopération.

*Article 17. Relation avec d'autres accords internationaux*

Le présent Accord ne porte pas préjudice aux obligations des Parties découlant d'autres accords bilatéraux et multilatéraux, fondés sur le droit international, dont elles sont parties.

*Article 18. Entrée en vigueur et dénonciation*

1. Le présent Accord entre en vigueur le jour de la réception de la dernière notification par laquelle les parties s'informent que les conditions juridiques nationales d'entrée en vigueur sont remplies.

2. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Chacune des Parties peut le dénoncer à tout moment, moyennent notification écrite, par voie diplomatique. L'acte est révoqué six mois après la réception d'une telle notification.

Fait à Riga, le 23 mai 2005, en langues allemande et lettone, les deux textes faisant également foi.

Pour la Confédération suisse :

CHRISTOPH BLOCHER

Pour la République de Lettonie :

ĒRIKS JĒKABSONS